Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzungsdatum:	**Dienstag, den 10.11.2026**
Beginn:	**19:00 Uhr**
Ende	**20:40 Uhr**
Ort, Raum:	**Bürgersaal des neuen Rathauses Langensteinbach, Hirtenstraße 45, 76307 Karlsbad**

Anwesend:

Vorsitzende/r
Herr Björn Kornmüller

FDP / Liberale Liste Karlsbad
Herr Alexander Hofferer

Freie Wähler
Frau Heike Christmann
Frau Silvija Höger ab Top 5
Herr Ortsvorsteher Joachim Karcher
Herr Andreas Kunz
Frau Heidi Ochs
Herr Karl-Heinz Ried
Herr Philipp Walch
Herr Ortsvorsteher Michael Wenz

CDU
Herr Jürgen Dummler
Frau Tabea Erdmann
Frau Jana Daniela Konstandin
Herr Ortsvorsteher Steffen Langendörfer
Frau Tina Nonnenmann
Herr Roland Rädle

SPD
Frau Gisela Baral
Herr Manuel Haas
Herr Reinhard Haas

Bündnis 90/Die Grünen
Frau Sabine Kronenwett
Frau Eva Kübler
Frau Simone Rausch
Herr Uwe Rohrer
Frau Dr. Susanna Vollmer

Protokollführer
Herr Hans-Dieter Stößer

von der Verwaltung
Frau Petra Goldschmidt
Herr Joachim Guthmann

Herr Benedikt Kleiner

Abwesend:

Freie Wähler
Herr Otto Höger **entschuldigt**

CDU
Herr Günter Denninger **entschuldigt**

SPD
Herr Ortsvorsteher Michael Nowotny **entschuldigt**

Parteilos
Herr Hans-Gerhard Kleiner

Tagesordnung:

1 **Bekanntgaben**

2 **Fragen der Gemeinderäte**

3 **Beratung und Beschlussfassung über das Ausscheiden aus dem Gemeinderat von Herrn Otto Höger**
Vorlage: 10/2083/2026

4 **Beratung und Beschlussfassung über das Nachrücken von Frau Silvija Höger in den Gemeinderat**
4.1 Feststellung von Hinderungsgründen
4.2 Verpflichtung
4.3 Nachbesetzung Ausschüsse und Verbände
Vorlage: 10/2084/2026

5 **Beratung und Beschlussfassung über überplanmäßige Ausgaben im Budget Kinderbetreuung**
Vorlage: 10/2086/2026

6 **Beratung und Beschlussfassung über die Hebesätze der Grund- und Gewerbesteuer ab dem 01.01.2027**
Vorlage: 20/2046/2026/1

7 **Beratung und Beschlussfassung über die Eintrittspreise der Freibadsaison 2027, sowie Bericht zur Saison 2026**
Vorlage: 20/2082/2026

8 **Beratung und Beschlussfassung über die Auswahl des Farbkonzeptes für den Neubau des Feuerwehrhauses in Karlsbad-Langensteinbach**
Vorlage: 60/2081/2026/1

9 **Beratung und Beschlussfassung im Rahmen des "Bau-Turbo" - Birkenstraße 24**
Vorlage: 60/0954/2020/3

10 **Beratung und Beschlussfassung der Spendenannahme im 3. Quartal 2026**
Vorlage: 20/2087/2026

11 **Genehmigung von Protokollen**

12 **Verschiedenes**

13 **Fragen der Zuhörer**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass durch Ladung vom 02.11.2026 ordnungsgemäß eingeladen worden ist und das Gremium beschlussfähig ist, weil 23 Gemeinderäte einschließlich Vorsitzender anwesend sind. Die Sitzung ist im Mitteilungsblatt vom 29.10.2026 sowie auf der Homepage der Gemeinde Karlsbad am 27.10.2026 öffentlich bekannt gemacht worden.

Als Urkundspersonen werden ernannt:
Gemeinderäte Reinhard Haas, Joachim Karcher, Roland Rädle, Uwe Rohrer.

zu 1 Bekanntgaben

Keine aus nichtöffentlicher Sitzung.

zu 2 Fragen der Gemeinderäte

GR Reinhard Haas (SPD) hat eine Frage zum Thema Verkehrssicherheit. Es geht um einen aktuellen Unfall auf der L622 (Bereich Einmündung von Spielberg kommend Richtung Langensteinbach). Bei der Einmündung Gärtnerei Jansen bestehe eine Geschwindigkeitsbeschränkung, in dem Unfallbereich jedoch nicht.
Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner erläutert, dass die Regelung bei Jansen seiner Ansicht nach aus einem dortigen Unfallschwerpunkt heraus resultiere. Die Ursache des aktuellen Unfalls müsse analysiert werden. Je öfter hier Unfälle passierten, desto eher könnte eine Geschwindigkeitsbeschränkung beantragt werden.

zu 3 Beratung und Beschlussfassung über das Ausscheiden aus dem Gemeinderat von Herrn Otto Höger Vorlage: 10/2083/2026

Der Vorsitzende hält Sachvortrag und entschuldigt GR Otto Höger gleichzeitig.

Herr Gemeinderat Otto Höger hat mit Schreiben vom 01.10.2026 darum gebeten, ihn aus wichtigen Gründen nach § 16 (1) der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg aus dem Gemeinderat zu entlassen.

Gemäß § 16 (1) GemO kann ein Bürger eine ehrenamtliche Tätigkeit ablehnen bzw. sein Ausscheiden verlangen. Als wichtiger Grund hierfür gilt u. A., wenn der Bürger 10 Jahre lang dem Gemeinderat angehört hat, anhaltend krank ist oder das 67. Lebensjahr vollendet hat.

Die rechtlichen Voraussetzungen für das Ausscheiden von Herrn Gemeinderat Otto Höger sind gegeben. Der Gemeinderat wird entsprechend gebeten, die Hinderungsgründe anzuerkennen und das Ausscheiden aus dem Gemeinderat zu beschließen.

Der Vorsitzende würdigt die Verdienste von Otto Höger und dankt ihm für sein Engagement. Otto Höger war von 08.09.1994 bis 07.06.2009 und 11.09.2014 bis 26.05.2019 im Ortschaftsrat in Langensteinbach. Von 23.07.2014 bis 26.05.2019 übte er die Funktion des zweiten Bürgermeister-Stellvertreters aus. Dem Gemeinderat gehörte er von 01.12.1999 bis 10.11.2026 an. 2024 wurde er zuletzt für 30 Jahre kommunalpolitische Tätigkeit durch den Gemeindetag mit Ehrennadel und Stele geehrt.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat wird gebeten, die Hinderungsgründe anzuerkennen und das Ausscheiden von Herrn Otto Höger aus dem Gemeinderat zu beschließen.

Der Gemeinderat stimmt mit 23 Jastimmen, ohne Gegenstimmen und Enthaltungen zu.

zu 4 Beratung und Beschlussfassung über das Nachrücken von Frau Silvija Höger in den Gemeinderat
4.1 Feststellung von Hinderungsgründen
4.2 Verpflichtung
4.3 Nachbesetzung Ausschüsse und Verbände
Vorlage: 10/2084/2026

Der Vorsitzende hält Sachvortrag:

4.1 Feststellung von Hinderungsgründen

In dieser Sitzung hat der Gemeinderat das Ausscheiden von Herrn Gemeinderat Otto Höger festgestellt. Der Gemeinderatssitz ist neu zu besetzen, um die vorgeschriebene Zahl der Mitglieder zu erreichen. Nach § 31 Abs. 2 Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) rückt für den Rest der Amtszeit des Gemeinderates die/der Bewerber/in nach, die/der als nächste Ersatzperson innerhalb des jeweiligen Wahlvorschlags festgestellt wurde.

Bei der Gemeinderatswahl am 09.06.2024 wurde in der Reihenfolge der bei der Wahl erzielten Stimmenzahl die Bewerberin Silvija Höger als nächste Ersatzperson für den Wahlvorschlag der Freien Wähler festgestellt. Die Nachrückende muss zum Zeitpunkt des Nachrückens die Wählbarkeit besitzen. Ebenso ist zu prüfen, ob ein Hinderungsgrund nach § 29 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) besteht, die den Einzug in das Gremium verhindert. Die Prüfung hat ergeben, dass Frau Silvija Höger wählbar ist und keine Hinderungsgründe nach § 29 GemO gegeben sind. Sie kann somit in den Gemeinderat einziehen.

Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat stellt fest, dass keine Hinderungsgründe für die nachrückende Gemeinderätin Silvija Höger vorliegen.

Der Gemeinderat stellt dies mit 24 Jastimmen, ohne Gegenstimmen und Enthaltungen fest.

4.2 Verpflichtung

Beim vorigen Beschluss hat der Gemeinderat festgestellt, dass Frau Silvija Höger in das Gremium einziehen kann und keine Hinderungsgründe gemäß § 29 Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) vorliegen. Ein Gemeinderatsmitglied ist nach § 32 GemO in seiner ersten Gemeinderatssitzung vom Bürgermeister auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Amtspflichten zu verpflichten. Der Vorsitzende führt die Verpflichtung durch:

Ich gelobe Treue der Verfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten. Insbesondere gelobe ich, die Rechte der Gemeinde gewissenhaft zu wahren und ihr Wohl und dass ihrer Einwohner zu fördern.

Frau Silvija Höger spricht den Text nach und nimmt die Verpflichtung vom Vorsitzenden per Handschlag ab.

GR Joachim Karcher (Freie Wähler) freut sich über die nachrückende Gemeinderätin und begrüßt sie für die Freien Wähler. Er würdigt außerdem das Engagement des ausgeschiedenen Gemeinderates Otto Höger.

4.3 Nachbesetzung Ausschüsse und Verbände

Mit dem Ausscheiden von Herrn Otto Höger und dem Einrücken von Frau Silvija Höger sind Ausschüsse und Verbände neu zu besetzen. Die Freie Wähler-Fraktion hat mitgeteilt, dass Frau Silvija Höger die Sitze/Positionen von Herrn Otto Höger in den Ausschüssen, Arbeitsgruppen und Verbänden übernehmen wird:

Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt:	Mitglied
Verwaltungs- und Finanzausschuss:	stellv. Mitglied
Umlegungsausschuss:	stellv. Mitglied
AG Sanierung Schulzentrum Karlsbad:	Mitglied
AG Neubau Feuerwehrgerätehaus La.:	Mitglied
Zweckverband WV Mannenbach:	Heidi Ochs - stellv. Mitglied Silvjia Höger
EDV Ausschuss	Mitglied–stellv. Heidi Ochs (bisher Walch)

Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat möge die Änderung/ Nachbesetzung im Wege der Einigung beschließen.

Der Gemeinderat stimmt mit 23 Jastimmen, ohne Gegenstimmen und Enthaltungen zu.

zu 5 Beratung und Beschlussfassung über überplanmäßige Ausgaben im Budget Kinderbetreuung Vorlage: 10/2086/2026

Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner hält Sachvortrag anhand der Vorlage und einer Präsentation.

Die Betriebskosten in Kindergärten und der Kinderbetreuung allgemein sind in den letzten zwei Jahren vor allem durch historisch hohe Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst, die anhaltenden Folgen der Inflation sowie drastisch gestiegene Energie- und Sachkosten extrem in die Höhe geschossen.

Überplanmäßige Aufwendungen Kinderbetreuung

Es wird mit einem Mehraufwand von 8 %, dies entspricht 595.000 Euro bei einem Gesamtbudget von ca. 7,4 bis 7,5 Millionen Euro gerechnet. Davon seien derzeit 490 000 € für Betriebskosten bereits als Abschlagszahlung im November fällig. In Baden-Württemberg steigen die Betriebskosten generell zwischen 6 und 9 Prozent.

Fehlende laufende Informationen bei Kostensteigerungen
Die Betriebskostenabrechnungen erfolgen regulär immer erst im März/April des Folgejahres. Die Gemeinde wird nicht über unterjährige Kostensteigerungen informiert. Die endgültigen Zahlen werden erst im Rahmen der Abrechnung mitgeteilt

Gründe für gestiegene Personalkosten
Im Zeitraum des Doppelhaushalts sind 5,8 % Tariferhöhungen angefallen. Diese wirken sich unmittelbar aus, da die Betriebskosten zum Großteil durch Personalkosten beeinflusst werden. Schwankungen sind zwar normal, aber dies bedeutet bei einer mittelgroßen Einrichtung alleine beim Gehaltseffekt eine Steigerung von 40-50.000 € pro Jahr. Karlsbad hat insgesamt 13 Einrichtungen. Die Personalkosten stellen circa 80 % der Gesamtkosten dar.

Gründe für gestiegene Sachkosten
Die hauptsächlichen Preistreiber sind Energie, Heizung, Bewirtschaftung mit 10-15 %. Hinzu kommen Spiel- Lern- Verbrauchsmaterial 8-12 %

Personal- und Sachkosten
Bei einem durchschnittlichen Kindergartenplatz steigen die Gesamtkosten in zwei Jahren (2024-2026) um rund 8,2 Prozent.

Einmaleffekte führen zu nicht mehr auffangbaren Kostensteigerungen
Kostensteigerungen wurden eingeplant, allerdings gab es ungeplante äußere Faktoren die das Budget sprengten: Nachzahlungen aus Budget 2026 für 2025 in Höhe von 400 000 €. Es gab einen Trägerwechsel/Insolvenzverfahren/ mit Nachzahlungen zur Sicherung der Betreuung - Mehrkosten 250 000 €. Auch die Minderausgaben einiger Einrichtungen gegenüber dem Ansatz konnten dies nicht mehr ausgleichen.

Kinderzahlen gehen zurück- damit einhergehend auch die Zuschüsse
Karlsbad hat über alle Einrichtungen 834 Plätze (maximale Platzzahl). Zum 01.03.26 waren davon 93 Plätze nicht belegt. Aktuell hat sich dies reduziert. Derzeit sind circa 65 Plätze nicht belegt. Allerdings gibt es massive Schwankungen von Einrichtung zu Einrichtung und zwar unabhängig von den Ortsteilen. Manche Einrichtungen sind voll belegt, andere haben 5-9 Plätze frei- das summiere sich. Das Problem ist, dass bei zurückgehenden Kinderzahlen die festen Kosten bestehen bleiben (Mietkosten, Gebäudekosten etc.). Dadurch steigen die Kosten pro Platz. Außerdem sinken die Zuschüsse bei einer geringeren Zahl an belegten Plätzen.

Schulkindbetreuung
Der Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung hat einen Mehrbedarf von ca. 50 000 € ausgelöst. Zwar sind davon Teile in anderen Budgets hinterlegt (z.B. Personal), die erwarteten Einnahmen und der eventuelle Minderaufwand reichen aber nicht, um die Kostensteigerungen im Gesamtbudget Kinderbetreuung aufzufangen

Maßnahmen im Rahmen der Bedarfsplanung
Durch den massiven Geburtenrückgang gibt es weniger Kinder: Die Raum- bzw. Gruppenkapazitäten werden daher stückweise reduziert. Insbesondere können temporäre Lösungen wie Container wegfallen. Altersgemischte Gruppen werden in Ü 3 – Gruppen umgewandelt, weil es weniger Kinder im U3-Bereich gibt. Auch die Ganztagesangebote werden immer weniger nachgefragt und entsprechend zurückgefahren. Diese Angebotsform fällt in Karlsbad insgesamt nicht weg, aber einzelne Einrichtungen haben die Angebote schon reduziert bzw. entfallen lassen. Die Maßnahmen greifen erst in den kommenden Jahren. Bewährt habe sich im Übrigen, dass die Gemeinde in den vergangenen Jahren auf die gestiegenen Kinderzahlen maßvoll reagiert habe.

Kleiner rechnet mit einem Tiefpunkt der Kinderzahlen in den Jahren 2030/2031 sowie andauernd hohem Mittelbedarf. Mittelfristig müsse man sich mehr strukturelle Gedanken zu dem Thema machen. Der Peak an Kinderzahlen kommt jetzt in die Schulen. Entsprechend müsse die Schulplanung angepasst werden.

Diskussion
Im Gremium wird allgemein Zustimmung signalisiert. Einzelne Rückfragen werden beantwortet. GR Roland Rädle (CDU) sieht unter anderem strukturelle Diskussionen kommen. Fraglich sei auch, wie die Landespolitik mit dem Thema kostenfreies und verpflichtendes letztes Kindergartenjahr umgeht. Die entstehenden Kosten für die Kommunen sind enorm. GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) befürchtet ebenfalls strukturelle Diskussionen. Die Verwaltung müsse berücksichtigen, wie sich die Zahlen entwickeln.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat möge die Mittelüberschreitungen im Budget Kinderbetreuung zur Kenntnis nehmen und die Mittelüberschreitung zur Buchung über die allgemeinen Haushaltsreste freigeben.

Einstimmig beschlossen Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 6 Beratung und Beschlussfassung über die Hebesätze der Grund- und Gewerbesteuer ab dem 01.01.2027
Vorlage: 20/2046/2026/1

Der Vorsitzende führt in das Thema ein. Die Ausgangslage in Karlsbad sei durchaus ernst. Der Ergebnishaushalt weist für das jetzige oder auch für die kommende Haushaltseinbringung ein erhebliches Defizit aus. Gleichzeitig stehen Investitionen an, die von massiver Bedeutung für die Gesamtentwicklung der Gemeinde sind. Und die Gemeinde müsse auch in erheblichem Umfang Kredite einplanen. Dazu kommt, dass sich die Gewerbesteuer im Moment auch schwächer entwickelt als ursprünglich angenommen. Das ist auch bundesweit so zu beobachten. Die kommunalen Haushalte in ganz Deutschland stehen unter Druck. Auf Dauer kann nicht funktionieren, dass Aufgaben nicht ausfinanziert sind. Das Ganze entbinde die Gemeinde auch nicht davon, eigene Prioritäten setzen müssen. Auch müssen Ausgaben und Abläufe geprüft werden. Die Gemeinde arbeite einen Investitionsstau von vielen Jahren ab. Dieser verursacht zusätzliche Probleme, wenn er länger in dieser Größenordnung liegen bleibt. Rechnungsamtsleiterin Petra Goldschmidt hält Sachvortrag anhand der Vorlage und einer Präsentation.

Rückblick 2025/2026
Bereits für diese Jahre wurde mit einem deutlichen Defizit in beiden Jahren geplant. Es wird voraussichtlich auch in dieser Höhe eintreffen. Dazu gibt es einen Kreditbedarf in 2026 von rund 9,4 Millionen plus den aus den Vorjahren. Aktuell wurde ein Kredit von 6 Millionen Euro auch aufgenommen.

Prognose für den kommenden Doppelhaushalt

Für 2027 gibt es ein voraussichtliches Negativergebnis von rund 7,7 Millionen Euro und rund 1 Million in 2028. Und ebenso wieder einen deutlichen Kreditbedarf von 5,8 Millionen sowie 8,0 Millionen Euro. In diesen Planzahlen sind bereits die Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer mit eingerechnet. Konkret bedeutet das, dass die Gemeinde selbst mit einer Erhöhung der Hebesätze bei den deutlich negativen Ergebnissen landen wird.

Grundsteuer
Die Grundsteuer wurde zum 1.1.2025 reformiert. Hierbei wird jetzt vom Finanzamt ein Gewerbesteuermessbetrag festgelegt, der sich hauptsächlich aus der Lage und des Bodenwerts des Grundstücks ergibt, multipliziert mit dem Hebesatz der Gemeinde. Das Ziel einer Aufkommensneutralität wurde nicht erreicht. Inzwischen hat sich herausgestellt, dass die Karlsbader Hebesätze dafür nicht hoch genug waren. Konkret wurden die Bürgerinnen und Bürger fast zwei Jahre über die Gebühr entlastet. Der Gemeinde fehlen rund 200.000 Euro zur Aufkommensneutralität. Bei der Grundsteuer geht es also nicht nur um eine reine Steuererhöhung, sondern auch eine Wiederherstellung des vorherigen Standes.

Bei der Grundsteuer B wird eine Erhöhung von 30 von 100, also von 205 auf 235 vorgeschlagen. Das wäre eine Erhöhung von 15 Prozent. Dies wird Mehreinnahmen von rund 615.000 Euro jährlich erbringen.

Bei der Grundsteuer A soll von 205 auf 300 (46 %) erhöht werden. Allerdings ergibt dies bei den zugrunde liegenden agrarischen Grundstücken lediglich jährliche Mehreinnahmen von 10.450 Euro. 2025 lag das Aufkommen bei 32.000 Euro. Nach der Umstellung ist mit einem Aufkommen von rund 25.000 Euro zu rechnen. Dies bedeutet, dass nicht mal Aufkommensneutralität erreicht wird.

Vergleich mit anderen Kommunen
Die Vergleichskommunen haben einen Durchschnitt bei der Grundsteuer A von 398 von 100. Der Karlsbader Ansatz wäre 300 von 100. Damit würde die Gemeinde noch fast noch 100 Prozentpunkte unter den umliegenden Kommunen liegen. Bei der Grundsteuer B wäre man mit 235 von 100 näher beim Schnitt von 238 von 100. Ganz viele Vergleichskommunen erhöhen derzeit bzw. planen auch höhere Hebesätze. Bei einem Haus in Langensteinbach, also in einer recht teuer eingestuften Wohnlage und einem Messbetrag von 300 Euro, wird sich beispielsweise die Grundsteuer um 90 Euro im Jahr erhöhen.

Gewerbesteuer
Diese hat ein ähnliches System vom Hebesatz her. Sie ist natürlich sehr konjunkturabhängig. Bei der Grundsteuer gibt es recht konstante Messbeträge. Die Gewerbesteuer schwankt mit der Jahreskonjunktur und hängt auch von der Entwicklung der Betriebe ab. Die Höhe des Hebesatzes hat Auswirkungen auf die Standortbedingungen der Gewerbebetriebe. Die vorgeschlagene Erhöhung wäre von 345 von 100 auf 370 von 100. Umgerechnet wäre das eine Erhöhung von 7 Prozent.
Für die Kommune bedeutet es deutliche Mehreinnahmen von rund 2 Millionen Euro pro Jahr. Diese würden den Haushalt sehr gut stützen. Auch über den Finanzplanungszeitraum wären es merkliche 10 Millionen Euro pro Jahr. Aktuell beträgt die Sollstellung 8,2 Millionen Euro.
Allerdings entsteht im gleichen Jahr mit der Gewerbesteuer die Gewerbesteuerumlage. Hier muss die Gemeinde direkt 35 Prozent des Hebesatzes – umgerechnet 9,46 Prozent – an das Land abführen. Ferner erhöhen sich auch andere Umlagen zeitversetzt. Im Endeffekt verbleiben ca. 35 bis 45 Cent pro Euro Gewerbesteuer wirklich bei der Kommune. Im

Vergleich mit anderen Kommunen bewegt man sich mit den neuen Sätzen unterhalb vom Durchschnitt. Auch hier ist mit höheren Sätzen bei den Vergleichskommunen zu rechnen. Beispielhaft wird bei einem Großunternehmen mit einem riesigen Messbetrag von 293.000 Euro, eine höhere Gewerbesteuer von 73.000 Euro fällig. Allerdings wird dabei in Relation mit einem Gewinn von 8,4 Millionen Euro gerechnet. Insgesamt wird durch diese neuen Hebesätze ein dringend benötigter Mehrertrag von 3,6 Millionen Euro pro Jahr erzeugt. Die Haushaltslage sei immer noch stark defizitär, aber in einem erträglichen Umfang. Ohne Erhöhung müsste man die Haushaltsansätze im Haushaltsplanentwurf nochmal nach unten korrigieren und nochmal etwas verschlechtern. Die letzte Erhöhung in der Grund- und Gewerbesteuer war 2016 zum Jahr 2017, vor zehn Jahren.

Diskussion
Der Vorsitzende betont unter anderem, dass man sich über viele Jahre erfolgreich gegen höhere Sätze gewehrt habe. Diese seien jetzt zwingend notwendig. Man hoffe wieder auf längere Zeiten ohne Erhöhung, könne dies aber nicht sicher voraussehen.
Die genannten Zahlen seien sehr moderat. Mit gleichzeitiger Erhöhung von Grund- und Gewerbesteuer würden die Lasten auf möglichst viele Schultern verteilt. Hier hoffe man auf Verständnis bei den Betroffenen. Man werde zukünftig stärker darauf achten müssen, wo Investitionen hinfließen.

Im Gremium werden die Erhöhungen allgemein als nachvollziehbar begründet und vertretbar gesehen. Mögliche Alternativen werden teilweise auch erwähnt, jedoch nicht als besser geeignet bewertet.

Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat beschließt die Hebesätze für die Grundsteuer und die Gewerbesteuer ab dem 01.01.2027 wie folgt festzusetzen:

1. Grundsteuer A: 300 v. H.
2. Grundsteuer B: 235 v. H.
3. Gewerbesteuer: 370 v. H.

Einstimmig beschlossen Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 7 Beratung und Beschlussfassung über die Eintrittspreise der Freibadsaison 2027, sowie Bericht zur Saison 2026
Vorlage: 20/2082/2026

Rechnungsamtsleiterin Petra Goldschmidt hält Sachvortrag:

Saisonrückblick 2026
Der Sommer 2026 war für das Freibad sehr gut: 76.759 Besucherinnen und Besucher im Vergleich zu rund 58.000 im Jahr 2025. Der größte Besucherantrag war am Sonntag, 28. Juni mit über 3.000 Besuchern. Künftig sollen bei sich abzeichnenden Besucherzahlen von über 3.000 Badegästen nur noch Jahresbadekarteninhaberinnen und Inhaber hereingelassen werden. Nur wenn das Freibad darüber hinaus “überrannt” wird, soll der Eintritt gestoppt werden.

Aktionen im Freibad
Es fanden ganz viele tolle Aktionen mit sehr guter Resonanz statt. Das war zum einen die Schools Out Party. Diese findet traditionsgemäß am letzten Schultag statt, mit Krake im Becken und etwas Live-Musik. Am längsten Tag des Jahres war wieder das Midsommerschwimmen mit einer verlängerten Öffnungszeit. Das DLRG hatte seinen Schwimmabzeichentag. Die Freibadsaison war nur möglich durch die Unterstützung vom DLRG. Auch das DRK hat mitgeholfen. Drei Rettungsschwimmer waren eingesetzt. Trotzdem musste leider wieder Fremdpersonal beauftragt werden. Ziel wäre, die dritte Stelle im Freibad wieder voll zu besetzen.

Zuschussbedarf und Weiteres
Der Zuschussbedarf sei nach wie vor hoch. Er bewege sich um die 500.000 Euro. Das Bad ist ein Defizitbetrieb, es ist aber auch die Freizeiteinrichtung vor Ort, gerade für die Familien die auch nicht in Urlaub fahren können. Daher sollen die Gebühren nur moderat erhöht werden.
Der seit zwei Jahren eingesetzte Mähroboter hat sich sehr bewährt. Dieser soll in der nächsten Saison nicht mehr geleast, sondern gekauft werden. Das rechnet sich wirtschaftlich. Der Mäher hat eine stets gepflegte Liegewiese entstehen lassen. Auch in den heißen, trockenen Sommern bleibt das Gras schöner. Der Bauhof ist entlastet.
Neu installiert wurden drei Wipptiere. Das Angebot für die kleineren Kinder komme toll an. Konstanz gibt es auch beim Kioskpächter Herr Lacher.

Sanierung im Blick
Langfristig wird ab 2028 die Sanierung bzw. Neubau des Freibadgebäudes geplant. Umgesetzt werden soll dies in den Jahren 2029/2030. Die Becken sind im sehr guten Zustand. Das Gebäude ist inzwischen sehr in die Jahre gekommen. Nach zwei Einbrüchen wurden die Sicherheitseinrichtungen nochmals verschärft.

Ausblick auf die nächste Saison
Die Bäderkooperation mit Waldbronn und Remchingen soll weitergeführt werden. Die Badegäste können dabei alle drei Bäder ohne Mehrkosten besuchen. Der Mehrwert seien die unterschiedlichen Attraktionen in den Bädern. Die Gemeinde Remchingen wird noch entscheiden, ob sie bei der Kooperation bleibt. Die Saisonpreise seien wie immer unter allen drei Kommunen abgestimmt.
Die Höhe des Einzeleintrittes regelt jede Gemeinde individuell. In Karlsbad soll sich dieser um 50 Cent bei Erwachsenen erhöhen, also von 4,50 Euro auf 5 Euro. Die Ermäßigten bleiben gleich bei 2,50 Euro. Im Vergleich mit den umliegenden Bädern sei Karlsbad bei den Einzeleintritten günstiger.

Diskussion
Der Vorsitzende betont, dass er die Kooperation für gut hält und sie sich bewährt habe. Der Gemeinderat bewertet den Bericht positiv und das Gremium stimmt mehrheitlich den angepassten Gebühren zu. Man sei, so Rechnungsamtsleiterin Petra Goldschmidt, dabei, ein elektronisches Kassensystem zu installieren. Dadurch bekomme man genaue Besucherzahlen. Allerdings sehe man selbst mit einem Eintrittssystem nicht, wer bei den verschiedenen Drehkreuzen das Bad wieder verlässt. Deswegen ist das Einschätzen der

maximalen Besucherzahl auch immer eine Frage des Fingerspitzengefühls des Aufsichtspersonals.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

1. Der Gemeinderat nimmt den Saisonrückblick 2026 zur Kenntnis.

2. Der Gemeinderat stimmt den in der Vorlage dargestellten neuen Eintrittspreisen für die kommende Saison 2027 zu. Die Kooperation mit den Gemeinden Remchingen und Waldbronn wird 2027 fortgesetzt.

Mehrheitlich beschlossen Ja 23 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 8 Beratung und Beschlussfassung über die Auswahl des Farbkonzeptes für den Neubau des Feuerwehrhauses in Karlsbad-Langensteinbach Vorlage: 60/2081/2026/1

Der stellvertretende Bau- Planungs- und Umweltamtsleiter Dirk Höger hält Sachvortrag anhand der Beschlussvorlage und einer Präsentation.

Vorgesehen sei eine Materialkombination aus schwarzen Douglasien-Holzpaneelen (dunkel geöltes Holz). Diese fassen den Baukörper äußerlich und monolithisch wirkend ein. Weiterhin werden glatte, terracottafarbenen (rot) Fassadenplatten verbaut. Sie setzen sich materialmäßig und farblich deutlich von den dunklen Holzpaneelen ab. Im Vergleich punkteten die Platten hinsichtlich ihrer technischen Vorteile. Sie sind insbesondere schlagfertig, spritzwasserresistent und sind verschiedenartig bearbeitbar. Die Platten sollen insbesondere in den nach innen gerichteten, kerbenartigen Einschnitten und Rücksprüngen der Fassade eingesetzt werden. Dadurch soll ein architektonisch ansprechendes und harmonisches, dem Gebäude angemessenes Bild entstehen. Die Kombination der natürlichen Holzoberfläche mit farbigen Fassadenelementen sowie unterschiedlichen räumlichen Tiefen des Baukörpers trägt dazu bei. Die beschlossene Variante verbindet eine hochwertige und langlebige Holzoberfläche mit einer ausdrucksstarken Farbgestaltung. Zugleich kann sie innerhalb des vorgesehenen Kostenrahmens umgesetzt werden.

Alternative

Bei der Holzfassade steht auch karbonisiertes Holz zur Auswahl. Die karbonatisierte Oberfläche bietet eine besondere Optik und lasse eine länger anhaltende dunkle Farbgestaltung erwarten. Allerdings bringt sie deutliche Mehrkosten mit sich. Je nach Holzart liegen diese bei rund 33.000 bis 75.000 Euro brutto. Hierzu kommt, dass die technische Erfahrung mit diesem Verfahren deutlich geringer sei als bei der klassischen Ölbehandlung. Zur Dauerhaftigkeit der geölten Fassade: Wenn der satte dunkle Farbton erhalten bleiben soll, ist voraussichtlich nach etwa fünf bis zehn Jahren ein Nachölen sinnvoll. Lässt man dieses Nachölen aus, vergraue das Holz allmählich und wird etwas heller. Das sei zunächst eine rein optische Veränderung und kein technischer Mangel.

Resümee

Die zweifach dunkle Ölbehandlung der Douglasie ist ein regional bewährtes Verfahren und bietet eine hochwertige dunkle Oberfläche. Sie ist bereits im Budget berücksichtigt.

Projektstand

Nach einer rund zehnmonatigen Planungsphase wurde die Baugenehmigung mit Teilbaufreigabe erteilt. Nächste Folie, bitte. Die Erdarbeiten wurden am 16. September 2026 vergeben. Am 12. Oktober erfolgte der offizielle Baggerbiss. Aktuell laufen die Erdarbeiten, die Rohbauarbeiten befinden sich in der Ausschreibung. Der Baubeginn des Gebäudes ist für das Frühjahr 2027 vorgesehen.

Diskussion

Der Gemeinderat befürwortet mehrheitlich die Vorschläge der Arbeitsgruppe. Technische Rückfragen werden beantwortet.

Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat beschließt für den Neubau des Feuerwehrhauses in Karlsbad-Langensteinbach folgende Gestaltung der Außenfassade:

- Holzfassade: Ausführung mit Douglasienholz, zweifach dunkel geölt.
- Fassadenplatten: Ausführung der zurückversetzten Fassadenbereiche und Einschnitte mit HPL-Kompaktplatten in Terracotta/Rot.

Einstimmig beschlossen Ja 23 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

zu 9 Beratung und Beschlussfassung im Rahmen des "Bau-Turbo" - Birkenstraße 24 Vorlage: 60/0954/2020/3

Bau- Planungs- und Umweltamtsleiter Joachim Guthmann hält Sachvortrag.

Das Vorhaben befindet sich im Geltungsbereich des alten Bebauungsplanes „Kalkäcker/ Im Birke“ in Karlsbad-Spielberg.
Es handelt sich um einen „einfachen“ (nicht qualifizierten) Bebauungsplan nach § 30 Abs. 3 BauGB, in dem nur teilweise überbaubare Grundstücksflächen festgesetzt wurden. In diesem Falle nur eine vordere Bauflucht.

Der Bauherr hat in den letzten Jahren schon mehrere Varianten als Bauvoranfrage eingebracht, eine war mit entsprechender Bautiefe genehmigungsfähig, weitere Planungen wieder nicht. (Wir verweisen auf vorhergehende Vorlagen.). Nun wurde eine Bauvoranfrage im Rahmen des Bau-Turbos für den Bau eines „Doppelhauses mit Dachgeschosswohnung“ eingereicht.

Bisher maßgeblich für die überbaubare Grundstücksfläche hinter der im Bebauungsplan festgesetzten Bauflucht ist die vergleichbare Bautiefe im Quartier, da der Bebauungsplan an dieser Stelle keine hintere Baugrenze festsetzt. Die max. Bautiefe liegt grundsätzlich bei rund 33,00 m (Referenzobjekt: „Birkenstraße 14/1“). Die nun vorgelegte Planung sieht abermals eine Bautiefe von über 35,00 m vor. Darüber hinaus ist nun ein Gebäude entgegen des Bebauungsplanes mit Flachdach vorgesehen.

Der Bau-Turbo ist dafür eingeführt worden, dass zusätzliche Wohneinheiten dort geschaffen werden können, wo es bauplanungsrechtlich bisher nicht möglich ist, also z.B. durch 2. Reihe-Bebauung oder Aufstockung.
Nach Ansicht der Verwaltung kann auf diesem Grundstück bisher schon ausreichend in 2. Reihe gebaut werden, eine Notwendigkeit für die Anwendung des Bau-Turbos wird hier nicht gesehen.

Nach Vorberatung im Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt wird empfohlen, der nun eingereichten Planung nicht zuzustimmen.

Diskussion
Im Gemeinderat wird Zustimmung signalisiert. Eine Rückfrage wird beantwortet.

Antrag an den Gemeinderat

Der Gemeinderat wolle der vorliegenden Planung der Bauvoranfrage nicht zustimmen.

Mehrheitlich beschlossen Ja 21 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

zu 10 Beratung und Beschlussfassung der Spendenannahme im 3. Quartal 2026 Vorlage: 20/2087/2026

Der Vorsitzende verlässt wegen Befangenheit den Sitzungskreis. Bürgermeisterstellvertreter Roland Rädle (CDU) übernimmt den Vorsitz.

Er freut sich über die erhaltenen Sach- und Geldspenden sowie Sponsoringbeiträge. Drei Zuwendungen in Höhe von insgesamt 1.150 € entstehen aus Sponsoring. Eine Spendenbescheinigung wird deshalb nicht erteilt.
Er bedankt sich bei den großzügigen Spender/innen, auch im Namen der gesamten Gemeinde Karlsbad und der Spendenempfänger herzlich.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat beschließt, Geldspenden bzw. Sponsoring in Höhe von 2.984,15 € und Sachspenden in Höhe von 697,91 €.

Einstimmig beschlossen Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 11 Genehmigung von Protokollen

Der Vorsitzende nimmt wieder im Sitzungskreis Platz. Das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 14. Oktober ist noch nicht fertiggestellt. Es soll an der nächsten Gemeinderatssitzung vorgelegt werden.

zu 12 Verschiedenes

Nichts.

zu 13 Fragen der Zuhörer

Ein Zuschauer regt an, bei der Umsetzung der Parkraumkonzeption in Langensteinbach die Bürger vor Ort mit einzubeziehen. Der Vorsitzende sagt, dass dies nicht geplant sei. Er erläutert, dass das Parkraumkonzept mit sehr umfangreicher Öffentlichkeits-beteiligung erarbeitet worden ist. Auch jetzt könnten in den Ortsteil- Informations-veranstaltungen noch Vorschläge dazu gemacht werden.

gez. Björn Kornmüller Vorsitzender	gez. Hans-Dieter Stößer Protokollführer/in
Gemeinderat Joachim Karcher Urkundsperson	Gemeinderat Reinhard Haas Urkundsperson
Gemeinderat Roland Rädle Urkundsperson	Gemeinderat Uwe Rohrer Urkundsperson